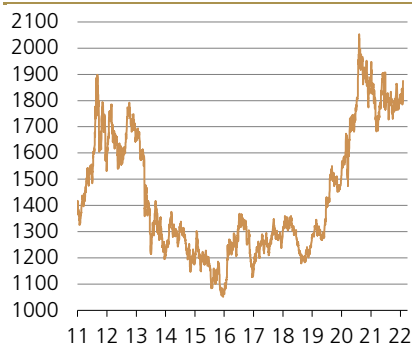
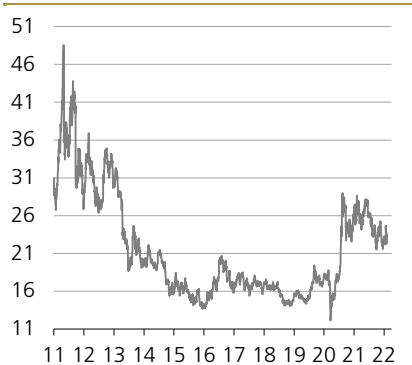




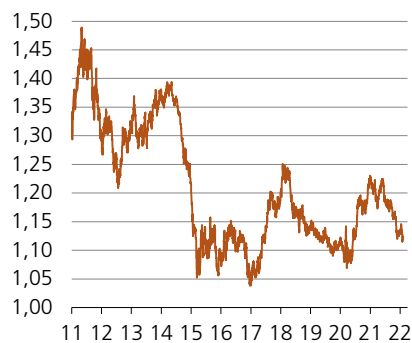
USD pro Feinunze Gold



USD pro Feinunze Silber



EURUSD



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

| Edelmetallpreise | | | | |
|--|----------------|---------------------------------------|------|-------|
| | Aktuell (Spot) | Veränderungen gegenüber (in Prozent): | | |
| | | 2 W | 3 M | 12 M |
| I. In US-Dollar | | | | |
| Gold | 1874,3 | 4,6 | 4,5 | 8,7 |
| Silber | 23,5 | 5,0 | -2,0 | -11,3 |
| Platin | 1073,5 | 6,5 | 0,9 | -9,3 |
| Palladium | 2301,5 | -3,2 | 12,4 | -2,1 |
| II. In Euro | | | | |
| Gold | 1649,6 | 2,7 | 6,8 | 15,3 |
| Silber | 20,7 | 2,9 | 0,0 | -6,0 |
| Platin | 943,0 | 4,3 | 2,9 | -4,1 |
| Palladium | 2026,0 | -5,0 | 14,5 | 3,7 |
| III. Goldpreis in anderen Währungen | | | | |
| JPY | 216166,0 | 4,7 | 5,8 | 17,4 |
| CNY | 11878,2 | 4,3 | 3,6 | 6,5 |
| GBP | 1379,7 | 3,3 | 5,2 | 11,4 |
| INR | 140721,9 | 1,9 | 4,9 | 11,2 |
| RUB | 142086,0 | 1,6 | 11,0 | 11,0 |

Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

INFLATION IST KEINE NATUR-KATASTROPHE. SIE IST MENSCHENGEMACHT

„Scherz ist die drittbeste Tarnung. Die zweitbeste: Sentimentalität. Aber die beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit. Komischerweise. Die glaubt niemand.“ | Max Frisch

► **Inflation ist ein monetäres Phänomen. Sie ist Folge der Geldmengenausweitung durch die Zentralbanken. Es ist leider zu befürchten, dass die Inflation hoch bleibt, weil die Geldpolitiker das Geldmengenwachstum nicht entschieden genug verringern.**

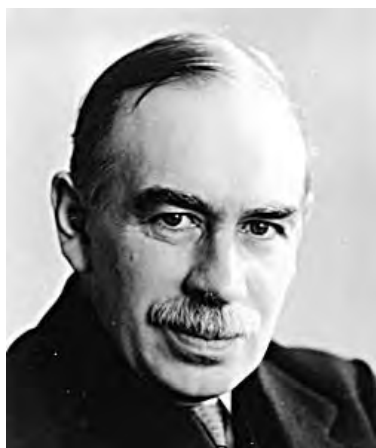
UNERFREULICHE KONSTELLATION

Die Inflationsaussichten haben sich verdunkelt. Es hat sich eine sehr unerfreuliche Konstellation von Faktoren zusammengebracht. Erstens: Der politisch diktierte Lockdown hat Produktionsleistung der Volkswirtschaften stark geschmälert. Produktionsausfälle, Logistikprobleme und Lieferengpässe sorgen nach wie vor für erhöhte Angebotsknappheit. Zweitens: Die zurückgestaute Nachfrage baut sich nun ab, beflügelt die Konjunktur, trifft dabei aber auf ein verknapptes Angebot und treibt die Güterpreise in die Höhe. Drittens: Die in vielen Ländern politisch forcierte Energiewende artet in einen „Energiepreisschock“ aus, der alle Güterpreisen erfassen wird – und sogar die Versorgungssicherheit bedrohen kann.

Viertens: Angebotsverknappung, anziehende Konjunktur und stark steigende Energiepreise treffen auf einen gewaltigen Geldmengenüberhang, den die Zentralbanken aufgetürmt haben, und der sich nun Güterpreis-inflation übersetzt. Fünftens: Das Vordringen der Staaten im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben – in Form von mehr Ge- und Verboten, Regulierung, Gesetzen, Besteuerung, staatlichen Ausgabenprogrammen etc. – drängt das, was von den freien Märkten noch übrig ist, zusehends weiter zurück. Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften nimmt dadurch ab, der Wettbewerbsdruck in vielen Sektoren wird abgeschwächt, und auch das begünstigt ein Ansteigen der Güterpreise.

Eine Reihe von Zentralbanken hat angekündigt, aus der extrem expansiven Geldpolitik aussteigen zu wollen. Die Bank von England hat sogar schon im Dezember 2021 erstmalig den Leitzins erhöht. Die US-Zentralbank (Fed) will im März beginnen, die Zinszügel anzuziehen, und auch die Europäische Zentralbank (EZB) wird wohl im Verlauf des Jahres die Kreditkosten anheben. Doch wird das ausreichen, die bereits hohe Inflation zu verringern? Der Inflationsschub, den die Zentralbanken mit ihrer Geldmengenschwemme in Gang gesetzt haben, lässt sich nicht mehr ungeschehen machen: Seit Ende 2019 hat die Fed die Geldmenge M2 um 40 Prozent ausgeweitet, die EZB die Geldmenge M3 um 20 Prozent.

Hinzu kommt, dass die Geldmengen immer noch mit erhöhten Raten wachsen. So nimmt die US-Geldmenge M2 derzeit mit etwa 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, die Euro-Geldmenge M3 um etwa 7 Prozent. Die Geldpolitik muss, will sie die künftige Inflation mäßigen, das Kredit- und Geldmengenwachstum abbremsen,



„Lenin is said to have declared that the best way to destroy the capitalist system was to debauch the currency. By a continuing process of inflation, governments can confiscate, secretly and unobserved, an important part of the wealth of their citizens. By this method they not only confiscate, but they confiscate arbitrarily; and, while the process impoverishes many, it actually enriches some. The sight of this arbitrary rearrangement of riches strikes not only at security, but at confidence in the equity of the existing distribution of wealth.“

—John Maynard Keynes

also die Zinsen kräftig anheben, beziehungsweise sie muss damit aufhören, neu ausgegebene Staatsschulden in großem Stil aufzukaufen, das heißt zu monetarisieren, denn dadurch wird die ausstehende Geldmenge ebenfalls erhöht. Das aber wird absehbar auf große Widerstände stoßen.

Zum einen wird die konjunkturelle Erholung durch die sehr niedrigen Zinsen angetrieben. Eine Verteuerung der Kredit- und Kapitalkosten wäre daher absehbar mit wirtschaftlichen Bremsspuren, vielleicht sogar – wenn die Zentralbanken die Realzinsen (also die inflationsbereinigten Nominalzinsen) über die Nulllinie heben – mit Rezession und Arbeitslosigkeit verbunden. Zum anderen ist aus Sicht der hochverschuldeten Staaten eine Verteuerung der Kreditkosten höchst unerwünscht: Steigende Zinskosten schränken den Ausgabenspielraum ein und schüren Zweifel an der Schuldentragfähigkeit der staatlichen Finanzen.

Hinzu kommt, dass eine erhöhte Inflation politisch alles andere als ungelegen kommt. Inflation ist nämlich so etwas wie eine „Inflationssteuer“, sie bereichert – für viele Menschen gar nicht sichtbar – den Staat auf Kosten der breiten Bevölkerung. Das geschieht auf verschiedenen Wegen. Steigen die Güterpreise, ziehen früher oder später auch die Löhne an – schließlich wollen die Arbeitnehmer für den erlittenen Kaufkraftverlust entschädigt werden. Wenn die Steuersätze nicht verändert werden, hat das zur Folge, dass die reale Steuerlast ansteigt: Die Steuerzahler geraten unter einen höheren Grenzsteuersatz. Obwohl ihre realen Einkommen durch die Erhöhung ihrer nominalen Löhne nicht zunehmen, müssen sie mehr Steuern bezahlen.

Ein ähnlicher Effekt stellt sich bei Unternehmen ein. In Inflationszeiten steigen die Umsätze der Firmen an, während in den Bilanzen die Produktionsmittel zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt sind. Das führt in inflationären Zeiten zu „Scheingewinnen“: Die Gewinne in der betrieblichen Rechnungslegung werden höher ausgewiesen als sie in realer, also inflationsbereinigter Rechnung tatsächlich sind. Durch die Besteuerung der inflationsbedingt aufgeblähten Gewinne wird den Firmen Substanz entzogen.

Die Inflation trifft auch den Sparer und Investor. Wenn er mit seinen Kapitalanlagen „nur“ die Inflation verdient, hat er dann sein Kapital erhalten? Die Antwort ist nein! Der erzielte Gewinn unterliegt der Kapitalertragssteuer. Der Anleger erleidet in diesem Falle einen realen Kapitalverlust, wenn er/sie auf den Gewinn Steuern zahlen muss. Dieser steuerbedingten Kapitalminderung kann man nur entkommen, wenn man eine Rendite erzielt, die nicht nur höher ist als die Inflation, sondern die auch die Steuer auf den Kapitalertrag abdeckt.

WIE DIE INFLATION IHRE VERMÖGEN ENTWERTET

Nehmen wir an, Sie haben 100 Euro in eine Aktie investiert. Die Inflation steigt danach auf 10 Prozent. Der Kurs ihrer Aktie steigt ebenfalls um 10 Prozent auf 110 Euro. In diesem Fall sind sie in realer Rechnung *nicht reicher* geworden. Der Kursanstieg ihrer Aktie hat sie lediglich vor dem Kaufkraftverlust des Geldes bewahrt, für den die Inflation sorgt. Doch halt: Auf den Kursgewinn (den sie früher oder später realisieren werden/müssen) erhebt der Staat nun Kapitalertragssteuer in Höhe von, sagen wir, 25 Prozent. Sie zahlen also $10 \text{ Euro} \times 0,25 = 2,5 \text{ Euro}$ an das Finanzamt. Es bleiben Ihnen nach Steuern also 107,50 Euro. Sie erleiden folglich einen *realen Kaufkraftverlust* in Höhe der Steuer auf ihren Kapitalertrag. Um der Inflation zu entkommen, reicht daher eine Rendite in Höhe der Inflation nicht aus. Sie müssen zusätzlich auch die Steuer auf ihren Kapitalertrag verdienen, um dem Inflationsschaden zu entkommen. Für die meisten Sparer, die meisten Anleger und auch Investoren sicherlich keine leichte Aufgabe!

ES GEHT UM DIE INFLATIONSERWARTUNGEN

„Geld ist ein scheues Reh“, sagt eine Volksweisheit. Auch wenn die Güterpreis-inflation in vielen Volkswirtschaften in den letzten Monaten gewaltig zugelegt hat, so ist doch das Vertrauen der breiten Bevölkerung in das Geld – ob US-Dollar, Euro & Co – nach wie vor recht hoch. (Von „Ausnahmen“ wie die Türkische Lira sei an dieser Stelle abgesehen.) Woran liegt das? Vermutlich an der Erfahrung, die die Menschen in den letzten vier Dekaden gemacht haben: einer Zeit (vermeintlich) rückläufiger Konsumgüterpreis-inflation.

Die Auffassung hat sich tief bei den meisten Menschen festgesetzt, die Inflation werde anhand von Konsumgüterpreisindizes „richtig“ gemessen. Das hat dazu geführt, dass die Inflation von Vermögensgütern – wie die Preissteigerungen von Aktien, Anleihen, Grundstücken, Häusern etc. – in der Regel nicht als „echte Inflation“ betrachtet werden, obwohl sie natürlich die Kaufkraft des Geldes genauso verringert wie die Inflation der Konsumgüterpreise. Das verkürzte Inflationsverständnis, das heute vorherrschend ist, hat also die Vermögenspreis-inflation für viele Menschen nicht als Inflation sichtbar werden lassen. Wenn man jedoch um die Vermögenspreis-inflation weiß, gelangt man ganz bestimmt nicht zum Schluss, in den letzten Jahrzehnten sei die Inflation gefallen.

Das starke Ansteigen der Konsumgüterpreis-inflation hat nun jedoch viele Menschen aufgeschreckt und aufgeweckt. Sie bemerken es in ihrem Tagesgeschäft, bei ihren Einkäufen, dass die Kaufkraft ihres Geldes dahinschwindet. Gleichzeitig liegen ihnen mehr denn je Hauptstrom-Ökonomen, Zentralbankräte und so mancher Politiker damit in den Ohren, dass die Inflation „nur“ vorübergehend sei, sich bald zurückbilden werde. Vor allem stellen die Zentralbanken öffentlichkeitswirksam Zinserhöhungen in Aussicht. „Steuerung der Erwartungen“ nennt man das: Die Zentralbankräte wollen auf keinen Fall, dass die Menschen Zweifel an den Versprechungen der Zentralbanken bekommen.

Denn was passiert, wenn die Menschen das Vertrauen verlieren, die Zentralbank werde die Inflation niedrig halten? Sie werden dann ihr Handeln anpassen, werden nicht mit 2 Prozent Inflation rechnen, wie von der Zentralbank versprochen, sondern mit, sagen wir, 5 Prozent. Die erhöhte Inflationserwartung geht in die Miet-, Kredit- und Lohnverträge ein und zeigt sich früher oder später in steigenden Monatsmietzahlungen und anziehenden Güterpreisen auf breiter Front. Die Volkswirtschaft arbeitet sich auf diese Weise quasi in ein Regime der erhöhten Inflation hinein. Die erhöhte Inflation wird, wenn die Zentralbank nichts gegen sie unternimmt, zum „Normalfall“.

Die Kosten einer erhöhten Inflation sind beträchtlich. Beispielsweise erleiden Ersparnisse in Form von festen Zahlungsverprechen unvermeidlich Kaufkraftverluste. Geschäftsinhaber, Restaurants, Betriebe etc. müssen ihre Preislisten häufiger anpassen; Marktakteure müssen mehr Aufwand betreiben, um Preisvergleiche anzustellen; die mit Geld ausgeübte Wirtschaftsrechnung wird erschwert, das Risiko, unternehmerische Fehlentscheidungen zu treffen, steigt an; Produktion und Beschäftigung bleiben hinter ihren Möglichkeiten zurück.

DAS PROBLEM, EINE INFLATION ZU STOPPEN

Doch damit nicht genug: Hat die Inflation erst einmal begonnen, in die Höhe zu klettern, lässt sie sich nur schwer wieder stoppen. Dazu muss man wissen, dass im heutigen Geldsystem, einem ungedeckten Papiergeld beziehungsweise auch Fiat-Geldsystem, die Inflation keine Naturkatastrophe, sondern dass sie – wie es Ludwig Erhard (1897–1977) einmal treffend sagte – stets das Ergebnis einer fehlerhaften oder mitunter auch verbrecherischen Politik ist.

Die Inflation ist im Kern eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, die dann (am besten) wirkt, wenn sie unerwartet daherkommt, wenn sie also die Marktakteure sprichwörtlich auf dem falschen Fuß trifft. Warum aber sollte die Zentralbank die Menschen mit einer *Überraschungsinflation* überziehen? Aus zumindest zwei Gründen ist das denkbar.

Der erste Grund: Der Hang zur Politik der Überraschungsinflation ist groß, wenn die Zentralbank zur Konjunkturbelebung eingesetzt wird. Wenn also mit niedrigen Zinsen und einer kräftigen Ausweitung der Geldmenge die Wirtschaftstätigkeit angeheizt werden soll. Ein derartiger „künstlicher Aufschwung“ fällt sprichwörtlich in sich zusammen, sobald ihm die monetäre Droge entzogen wird. Und um genau das abzuwenden – um Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten zu umgehen –, sehen Regierende, aber auch Regierte nicht selten eine fortgesetzte Inflation, eine andauernde Überraschungsinflation als das vergleichsweise kleinste Übel an.

Der zweite Grund: Wenn der Staat überschuldet ist, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass, um seine Zahlungsunfähigkeit zu verhindern, die Zentralbank die elektronische Notenpresse anwirft, damit der Staat seine Ausgaben mit neu geschaffenen Geld finanzieren kann. Die Solvenz des Staates geht dann ganz offensichtlich vor Geldwertstabilität. Und die Möglichkeiten für den Staat, sich durch Inflation zu entschulden und zu finanzieren, sind dann besonders groß, wenn die Inflation von den Menschen nicht vorausgesehen wird, wenn sie überraschend daherkommt.

Beide Gründe liegen aktuell in vielen Volkswirtschaften der westlichen Welt vor. Das Kind ist sozusagen bereits in den Brunnen gefallen. Doch es gibt noch einen dritten Grund, der für die Fortsetzung der Inflation spricht: das politische Bestreben, die Volkswirtschaften um- und neuzubauen, sie zu „transformieren“, sie einem „Great Reset“ zu unterziehen. Die damit verbundenen Kosten sind gewaltig – wie sich in der drastischen Verteuerung der Energieversorgung bereits andeutet. Die Regierungen werden daher weiterhin für hohe Haushaltsdefizite sorgen, um Subventionen zu zahlen, „soziale Härten“ (die sie selbst verursachen) abzufedern etc. Das wird ohne eine Monetisierung der Staatsschulden durch die Zentralbanken, also die Ausgabe von neuem Geld in großem Stil nicht gehen, und (noch höhere) Güterpreis-inflation wird die unausweichliche Folge sein.

„SCHÖNWETTERREGELN“ GEGEN INFLATION

Man mag hier einwenden: Es gibt doch „Schutzvorkehrungen“ im System des ungedeckten Geldes, die den politischen Missbrauch mit der Geldmengenvermehrung verhindern sollen. Als da wären: Die Zentralbanken sind „politisch unabhängig“ und haben zudem den gesetzlichen Auftrag, die Inflation niedrig zu halten. In einigen Ländern gibt es sogar Schuldenbremsen, die verhindern sollen, dass die Staaten sich in eine Situation der Überschuldung hineinmanövrieren, die dann eine Inflationspolitik unausweichlich macht.

Es fällt nicht schwer einzusehen, dass die Schutzvorkehrungen „Schönwetterregeln“ sind, die im politischen Tagesgeschäft, vor allem in Zeiten der Krise nur allzu leicht ausgehebelt und umgangen werden (können). Beispielsweise haben die Zentralbanken ihr Inflationsziel jüngst „gelockert“: Die Inflation soll nicht mehr unter 2 Prozent bleiben, sondern die 2-Prozentmarke soll im „Durchschnitt der Jahre“ erreicht werden. Oder: Im Euroraum wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der den Weg in die Staatsüberschuldung verhindern sollte, gleich im März 2020 für unbekannte Zeit ausgesetzt; und die Vereinigten Staaten von Amerika setzen ihren „Schuldendeckel“ immer weiter in die Höhe.

Das entscheidende Element, um das Abrutschen in ein „Inflationsregime“ aufzuhalten, ist die sogenannte „öffentliche Meinung“. Keine Regierung, keine Zentralbank wird sich dauerhaft gegen den Willen der Mehrheit halten können. Jede Art von Politik kann nur solange betrieben werden, wie sie vom Mehrheitswillen geduldet wird, ob nun aus Unwissenheit oder in klarem Bewusstsein der Tatsachen.

Zwei Gründe sprechen gegen ein baldiges Ende der Inflation, lassen sogar eine Verschärfung der Inflation in den großen Volkswirtschaften befürchten. Der erste Grund: Viele Menschen kennen die Kosten der Inflation nicht (mehr). Die letzte Phase der Hochinflation (1970er und 1980er Jahre) liegt schon lange zurück, die Erfahrung mit den Schäden, die die Inflation verursacht, sind daher bei vielen Menschen kaum oder nicht mehr präsent. Das wiederum legt die Befürchtung nahe, dass die Menschen die wahren Kosten der hohen Inflation erst (erneut) erfahren müssen, damit sich Widerstand gegen die Inflationspolitik formieren kann. In der Zwischenzeit kann die Inflationspolitik fortgesetzt werden.

Der zweite Grund: Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vieler Menschen von Inflationspolitik ist sehr groß geworden. Viele Firmen, viele Arbeitsplätze, viele soziale Errungenschaften hängen an der Fortführung des ungedeckten Geldsystems, und die Inflation wird vermutlich noch weiter ansteigen (müssen), ehe die Bereitschaft in der Bevölkerung sich herausgebildet hat, die mit der Inflationsreduktion verbundenen Anpassungskosten zu akzeptieren. Das Problem dabei ist allerdings: Je länger es dauert, die Anti-Inflationshaltung einzunehmen, desto größer werden die Schäden, und desto höher werden letztlich auch die Anpassungskosten ausfallen.

INFLATION: EIN MONETÄRES PHÄNOMEN

Das Ganze bedeutet nun aber nicht, dass das ungedeckte Geldsystem sogleich in eine Hoch- oder gar Hyperinflation abrutscht. Das ist zwar nicht ausgeschlossen, aber für die absehbare Zukunft ist es beileibe nicht das einzig denkbare, vermutlich auch nicht das wahrscheinlichste Szenario. Vielmehr erscheint aus unserer Sicht das Folgende recht wahrscheinlich zu sein: Die Güterpreis-inflation bleibt in den kommenden Jahren merklich erhöht – zwischen 4 und 6 Prozent, kehrt also nicht mehr auf die 2-Prozentmarke zurück. Sie gerät aber auch nicht gänzlich außer Kontrolle. Anders gesagt: Die Staaten beziehungsweise deren Zentralbanken erheben eine permanent erhöhte Inflationssteuer.

Das käme einer Verschärfung der „Finanziellen Repression“ gleich, die seit langem betrieben wird. Sie setzt allerdings voraus, dass die Verschuldung der Staaten nicht eskaliert, nicht vollends aus dem Ruder läuft. Ist das eine realistische Erwartung? Ja, zumindest für die nächste Zukunft. Denn solange die Marktakteure nicht ihre Inflationserwartungen in die Höhe schrauben, also weiterhin den Versprechen der Zentralbanken Glauben schenken, dass die Inflation wieder zurückgeht, erhält die

Überraschungsinflation ihre „belebende Wirkung“ für die Konjunktur, und sie sorgt vor allem auch für einen andauernden Ressourcentransfer von den privaten Haushalten und Firmen weg und hin zur Staatskasse. Insbesondere das Fortführen einer Zinspolitik, die den Realzins (also den inflationsbereinigten Nominalzins) im negativen Territorium belässt, erlaubt es den Staaten, sich auf Kosten ihrer Gläubiger zu entschulden.

Doch das „Spiel mit der Inflation“ ist natürlich alles andere als unproblematisch, es ist und bleibt vielmehr höchst gefährlich. Chronische Inflation schädigt nicht nur die gesamte Volkswirtschaft, lässt Produktion und Beschäftigung hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben, im schlimmsten Fall setzt sie das materielle Wohlstandsniveau herab. Hinzu kommen die nicht minder üblen Folgen für das soziale und politische Zusammenleben. Die Erfahrung zeigt, dass Inflation das Miteinander sprichwörtlich vergiftet, Zustände herbeiführt, die viele Menschen als unsozial und untragbar ansehen. Das gilt umso mehr, wenn die Menschen nicht verstehen, wie es zur Inflation kommt, wenn sie die Ursache der Inflation nicht kennen.

Deshalb sei hier abschließend betont, dass die Inflation nicht wie eine Naturkatastrophe über die Menschen kommt, sondern dass sie menschengemacht ist. Kurz gesagt: Inflation ist immer und überall ein monetäres Phänomen. Und weil die staatlichen Zentralbanken das Monopol der Geldproduktion innehaben, sind sie es auch, die die Verantwortung für die Inflation tragen.

Selbstverständlich können zum Beispiel steigende Energiepreise, eine abwertende Währung und Lohnerhöhungen zu steigenden Güterpreisen führen. Aber das Phänomen, dass alle Güterpreise im Zeitablauf in die Höhe steigen, ist nur möglich, wenn die Geldmenge (übermäßig) steigt. Anders gesagt: In einer Volkswirtschaft, in der es kein Geld gäbe, in dem Naturaltausch betrieben würde (also Ei gegen Apfel, Schuh gegen Brot getauscht werden), gäbe es so etwas wie Inflation nicht. Wie man es auch drehen und wenden mag: Inflation ist ein monetäres Phänomen. Auf Seite 9 geht es weiter – dort wird erklärt, *warum die Inflation sehr wahrscheinlich zum Dauerproblem für die breite Bevölkerung wird.*



SEIEN SIE LIVE DABEI: BÖRSENTAG ONLINE, AM SAMSTAG, DEN 19. FEBRUAR 2022



GOLD.
UNVERZICHTBAR

Ein Vortrag von
Thorsten Polleit

Virtueller Börsentag
19. Februar 2022
11:30 – 12:15 Uhr



Ein Vortrag, den Sie auf keinen Fall verpassen sollten!

***Ludwig von Mises:
Mensch, Leben,
Werk***

Von **Thorsten Polleit**

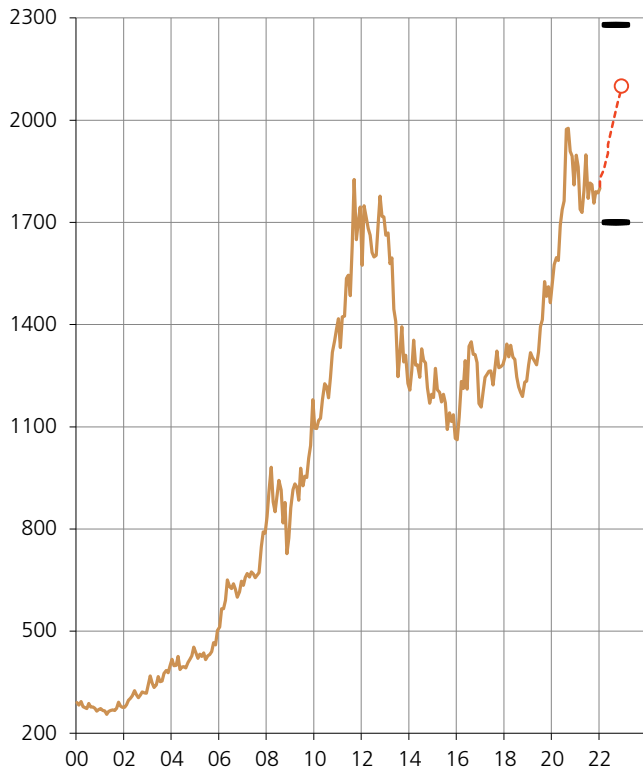
Virtueller Börsentag
19. Februar 2022
13:15–14:00 Uhr

Hier kostenlos anmelden: <http://www.boersentag.online/>

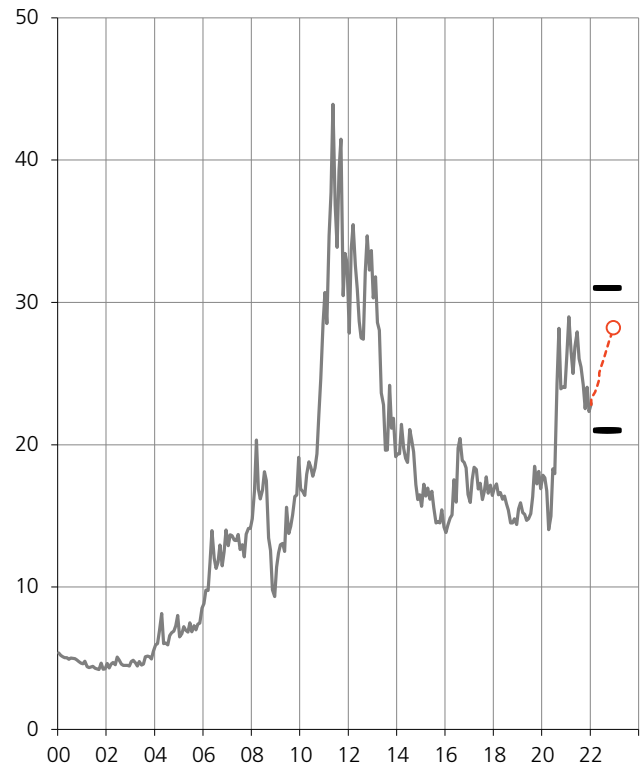
EINSCHÄTZUNGEN EDELMETALLPREISE 2022

Preise in USD/oz

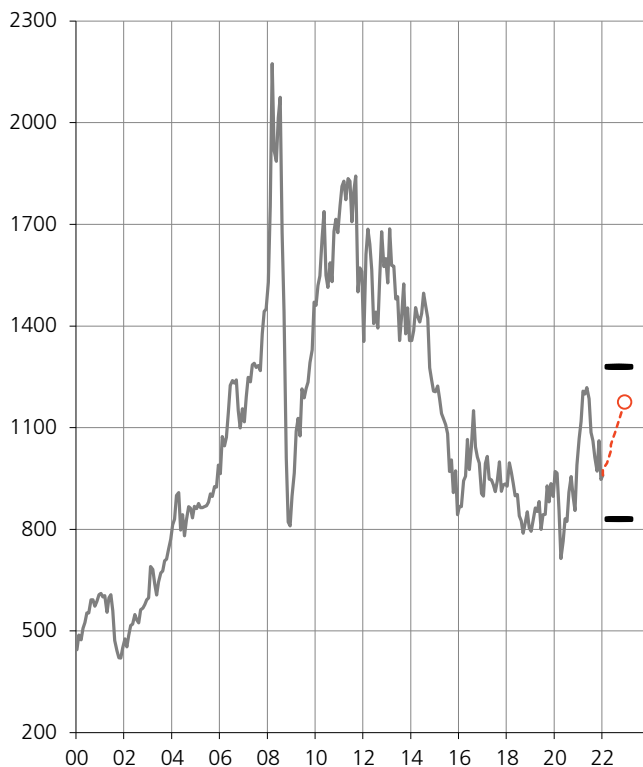
(a) Gold



(b) Silber



(c) Platin



(d) Palladium



Quelle: Refinitiv; Einschätzungen Degussa. Der rote Punkt markiert die Einschätzung für Ende 2022. Die dicken schwarzen Linien markieren die obere beziehungsweise untere Bandbreite der Einschätzung.

ALTE SCHÄTZE IN DER SCHUBLADE? JETZT VERKAUFEN!

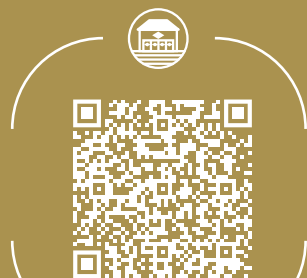
Mit dem **Ankaufsservice**
der Degussa in Ihrer Nähe.

WIR KAUFEN VON IHNEN:

Gold- und Silberschmuck, Barren und Münzen,
Dentalgold, Silberwaren.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

FINDEN SIE IHRE NIEDERLASSUNG:



JETZT SUCHEN

INFLATION WIRD FÜR DIE BEVÖLKERUNG ZUM DAUERPROBLEM

► ***W+M veröffentlicht ein Interview, das Jörn Gleisner, Managing Director für Investor Communication der financial relations, mit dem Chefvolkswirt der Degussa Thorsten Polleit Mitte Februar geführt hat.***

Jörn Gleisner: Die Inflation ist weltweit stark angestiegen. Die US-Zentralbank (Fed) will nun aber im März die Zinsen erstmals anziehen. In der Europäischen Zentralbank (EZB) gibt es ebenfalls Bewegung, die Nullzinspolitik vielleicht doch früher als geplant zu beenden. Die Bank von England hat bereits ihren Leitzins im Dezember 2021 erhöht. Ist die Zinswende da?

Thorsten Polleit: So optimistisch bin ich nicht. Die Leitzinsen werden in den großen Volkswirtschaften zwar sehr wahrscheinlich in diesem Jahr angehoben. Aber nur ganz leicht. Der US-Leitzins liegt Ende 2022 vermutlich bei etwa 1 Prozent, und die EZB könnte den Einlagenzins von derzeit minus 0,5 Prozent auf 0 Prozent gebracht haben. Vielleicht ringt sie sich auch noch eine kleine Zinsanhebung ab. Die übermäßige Geldmengenausweitung dies- und jenseits des Atlantiks, die die Kernursache der derzeitigen erhöhten Inflation ist, wird das aber nicht stark genug abbremsen. Die Realzinsen, die Nominalzinsen abzüglich der Inflation, bleiben negativ, so ist es zu befürchten. Die Kaufkraft des Geldes schwindet weiter. Das ist eine Zinsentwicklung, die, so meine ich, das Wort „Zinswende“ nicht verdient.

Jörn Gleisner: Was veranlasst Sie daran zu zweifeln, dass die Zentralbanken die Inflation, die nun ja wirklich für viele Menschen offen erkennbar und schmerzlich geworden ist, mit allen Mitteln bekämpfen werden?

Thorsten Polleit: Es sind vor allem vier Gründe. Erstens: Die weltweite Verschuldung ist mittlerweile so groß geworden, dass die Volkswirtschaften sich steigende Realzinsen sprichwörtlich gar nicht mehr leisten können, ohne die nächste Finanz- und Wirtschaftskrise vom Zaune zu brechen. Der Zinssteigerungsspielraum ist so gesehen äußerst gering.

Zweitens: Steigende Inflation kommt den Regierungen durchaus zupass: Mit ihr lassen sich die ausstehenden Schulden von Staaten und Banken in realer Rechnung

entwerten. Drittens: Die Inflation füllt dem Staat die Kassen: Zumindest anfänglich steigen zum Beispiel Mehrwert- und Kapitalertragssteuereinnahmen, über kurz oder lang auch die Einkommenssteuereinnahmen, wenn die Löhne an die steigende Inflation angepasst werden. Denn dann kommt es zur „kalten Progression“: Die reale Steuerlast der Besteuerten steigt, der Staat reibt sich die Hände, ist der Gewinner. Und viertens: Der politisch initiierte Umbau der Volkswirtschaften, weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien, die Liebäugerei mit einer Art „Post-Wachstumsökonomie“, das beständige Zurückdrängen der Reste der freien Marktwirtschaft verursachen gewaltige volkswirtschaftliche Kosten, die, wenn die Bevölkerungen ihr ganzes Ausmaß erkennen, vermutlich keine Zustimmung finden würden. Eine inflationäre Geldpolitik hilft den Regierungspolitikern, die wahren Kosten des Umbaus vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen – im Grunde wird derzeit so verfahren wie bei einer Kriegsfinanzierung. Dadurch treten anfänglich die Inflationskosten nicht oder kaum in Erscheinung. Später ändert sich das jedoch, wird das ganze Ausmaß des Inflationsschadens sichtbar. Dann jedoch ist die Kaufkraft des Geldes unwiderruflich herabgesetzt. Ich befürchte, die Zentralbankräte verwehren bei diesem Vorhaben nicht ihre Mitarbeit, und eine echte Zinswende bleibt aus.

Jörn Gleisner: Haben es die Zentralbanken denn überhaupt noch in der Hand, die Inflation zu beeinflussen? Auf die steigenden Energiepreise, die Güterpreissteigerungen, die aus den Problemen in den internationalen Lieferketten rühren, können sie doch gar nicht einwirken!

Thorsten Polleit: Das ist in der Tat eine sehr wichtige Frage. Um sie zu beantworten, muss man sich zunächst vor Augen führen, was Inflation eigentlich ist, und welche Ursache sie hat. Inflation – genauer: Güterpreisinflation – bedeutet ein fortgesetztes Ansteigen der Güterpreise auf breiter Front, also nicht nur ein einmaliges, sondern ein dauerhaftes Ansteigen. Wie kann das passieren? Es gibt Ökonomen, die erklären Inflation als nicht-monetäres Phänomen. Sie meinen, steigende Energiepreise oder ein Nachfrageüberhang könne Inflation verursachen. Ihnen stehen Ökonomen gegenüber, die Inflation als monetäres Phänomen interpretieren. Danach kommt es, vereinfacht gesagt, zur Inflation, wenn die Zentralbank die Geldmenge übermäßig ausweitet, wenn die Geldmenge schneller anwächst als das Güterangebot zunimmt.

Derzeit sind beide Erklärungen bedeutsam. Die Folge der politisch diktierten Lockdown-Krise bewirkt eine Verteuerung der Güterproduktion und verstärkte Knappheit. Zudem löst die „Grüne Politik“ einen Energiepreisschock

aus. Zusammengefasst bewirkt das einen gewaltigen Aufwärtsdruck auf die Güterpreise. Dass das nun aber nach und nach alle Güterpreise im Zeitablauf in die Höhe katapultiert, liegt an dem gewaltigen Geldmengenüberhang, für den die Zentralbanken gesorgt haben. So hat die Fed seit Ende 2019 die Geldmenge M2 um 40 Prozent erhöht, die EZB die Geldmenge M3 um knapp 20 Prozent.

Ohne eine solche Geldmengenvermehrung gäbe es das derzeitige Inflationsproblem nicht. Denn die steigenden Güterpreise würden die realen Einkommen der Menschen herabsetzen. Das heißt: Um beispielsweise die gleiche Energiemenge konsumieren zu können, müssten sie ihre Nachfrage nach anderen Gütern entsprechend reduzieren. Das Ergebnis wäre eine Verschiebung der relativen Güterpreise, nicht aber Güterpreis-inflation, also das fortgesetzte Ansteigen aller Güterpreise. So gesehen sei noch einmal betont, dass es die Zentralbanken sind, die verantwortlich sind für die jetzt steigende Inflation, die zunehmende Kaufkraftentwertung des Geldes.

Jörn Gleisner: Es gibt das Wort „grüne Inflation“. Damit soll wohl zum einen ausgesagt werden, dass die steigenden Güterpreise durch die erhöhten Kosten zur Schonung der Umwelt zu erklären sind, zum anderen soll die Akzeptanz für höhere Inflation erzeugt werden. Liege ich mit dieser Interpretation richtig?

Thorsten Polleit: Ja, das sehe ich auch so. Mit dem Verweis auf „grüne Inflation“ will man von der wahren Ursache der Inflation ablenken – dass es also der Staat mit seiner Zentralbank ist, der die steigenden Güterpreise verursacht. Die Verteuerung der Güterproduktion (etwa durch Vorgabe von Emissionskontingenten) und damit des Güterkonsums ist – vor allem hier in Europa – politisch gewollt und herbeigeführt. Das ist für sich genommen keine Inflation, sondern vielmehr ein Preissteigerungseffekt, der die realen Einkommen der Menschen herabsetzt, der sie sprichwörtlich ärmer macht – damit sie weniger konsumieren und reisen und entsprechend weniger Ressourcen verbrauchen.

Die Geldmengeninflation der Zentralbanken machen daraus fortgesetzte Güterpreissteigerungen auf breiter Front. Die Inflation, für die die Zentralbanken sorgen, verstärkt den negativen Effekt auf die realen Einkommen der Menschen, zumindest gilt das so lange, wie die Löhne nicht ansteigen. Dass steigende Produktivität diese Wohlstandseinbußen in absehbarer Zeit wettmacht, bezweifle ich. Anders gesagt: Die Politik, die da verfolgt wird, zwingt die Mehrheit der Menschen, den Gürtel enger zu schnallen. Das trügerische Wort „grüne Inflation“ soll die Menschen wohl dazu anhalten, die Geldentwertung als akzeptables Opfer zu dulden.

Jörn Gleisner: Tendenziell sind die Volkswirtschaften auf konjunkturellem Erholungskurs, so schreiben Sie selbst. Ist es da nicht doch akzeptabel, wenn die Inflation für eine gewisse Zeit höher ausfällt als uns lieb sein kann? Inflation sozusagen als Preis für vermiedene Rezession und Arbeitslosigkeit?

Thorsten Polleit: Das Problem ist: Die Inflation hat dann, und nur dann, eine die Wirtschaft antreibende Wirkung, wenn sie überraschend kommt, wenn sie also höher ausfällt, als von den Marktakteuren ursprünglich erwartet. Ein inflationärer Aufschwung kommt folglich dann zu seinem Ende, wenn die Marktakteure irgendwann aufwachen und merken, dass sie hinter Licht geführt worden sind. Dann schrauben sie ihre Inflationserwartungen in die Höhe.

Und es tritt Ernüchterung ein, die Konjunktur schwächt sich ab. Was dann noch bleibt, sind die volkswirtschaftlichen Kosten der erhöhten Inflation: Beispielsweise funktioniert die Wirtschaftsrechnung mit Geld nicht mehr so gut, Investitionen erweisen sich als „Flops“, Firmen müssen ihre Preislisten häufiger anpassen, Konsumenten müssen mehr Zeit aufwenden, um sich über die Güterpreisveränderungen zu informieren und anderes mehr.

Ganz problematisch wird es, wenn Staat und Zentralbank nicht aufhören, die Geldmenge auszuweiten, um Haushaltslöcher zu stopfen, Industrien zu subventionieren und die Konjunktur in Gang zu halten. Dann nämlich müssen sie zu immer höherer Überraschungsinflation greifen, die, wenn man nicht davon ablässt, zu Hoch- oder gar Hyperinflation führt. Soll also die Währung vor dem Ruin bewahrt werden, wird früher oder später eine „Stabilisierungsrezession“ nötig. Große Produktions- und Beschäftigungsverluste sind die Folge. Und je länger die Inflation angedauert hat, desto größer werden die Anpassungskosten sein. Der Weg, den die Zentralbanken eingeschlagen haben, lässt also nichts Gutes erahnen – auch wenn die Konjunkturerholung in 2022 vermutlich weitergeht.

Jörn Gleisner: Nicht wenige Investoren befürchten, dass es auf den Finanzmärkten einen Crash geben wird, dass die Börsenkurse drastisch einbrechen werden. Ist das nicht eine ernstzunehmende Gefahr? Zumal viele Aktien und auch Häuserpreise hoch bewertet sind und die Zinsen anziehen?

Thorsten Polleit: Was wäre zu erwarten, wenn der S&P 500 plötzlich beginnt um, sagen wir, 20 Prozent zu fallen? Ich vermute, die US-Zentralbank eilt den Investoren eher früher als später zur Hilfe, pumpt neues Geld zu niedrigsten Zinssätzen in das Finanz- und Wirtschaftssystem, kauft Schuldpapiere in großen Stil. Nach dem Motto: Lieber mehr Inflation als tiefe Rezession. Denn auf tiefe

Rezession, vielleicht sogar einen „System-Absturz“ würde es hinauslaufen, wenn die Vermögensmärkte wirklich in die Knie gehen. Wie eingangs gesagt, erwarte ich nicht, dass die Zinsen stark steigen werden. Vermutlich werden die 10-jährigen Renditen der US-Staatsanleihen die Marke von 2 ¼ bis 2,50 Prozent nicht übersteigen, die Realzinsen werden negativ bleiben.

Keine Frage: Die Wahrscheinlichkeit eines Börsenabsturzes ist sicherlich nicht null Prozent, aber ich würde die Wahrscheinlichkeit dafür nur sehr gering veranschlagen. Viel, viel wahrscheinlicher ist aus meiner Sicht das Weiterinflationieren durch die Zentralbanken, so dass auch gerade die Vermögenspreisinflation weitergeht.

Jörn Gleisner: Was kann der Anleger denn machen, um sich vor Inflation zu schützen. Wie kann er sein Geld, seine Ersparnisse vor Inflation retten?

Thorsten Polleit: Das Geld lässt sich nicht vor Inflation „schützen“ oder „retten“. Inflation bedeutet schließlich Kaukraftschwund des Geldes. Aber als Anleger kann man sich schützen, indem man so wenig Geld hält wie möglich. Am besten hat man nur so viele Euro, US-Dollar & Co auf dem Konto, um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können, ergänzt um eine Vorsichtskassenhaltung, mittels der Unvorhergesehenes (neue Waschmaschine etc.) finanziert werden kann. Dieser Rat zur „Minimierung des Kassenstandes“ scheint mir vor allem deshalb wichtig zu sein, weil die privaten Haushalte und Firmen derzeit etwa 4 Billionen Euro unverzinslich Sicht-, Termin- und Spareinlagen bei Banken halten – Euro-Geld also, das seine Kaufkraft bei anhaltenden negativen Realzinsen immer weiter verliert.

Sodann stellt sich die Frage: „Gegen was tausche ich mein Geld ein?“ Eine Antwort auf diese Frage, die für alle Anleger gleichermaßen passt, gibt es vermutlich nicht. Aber eine einfach zu handhabende Struktur für das eigene Portfolio ist, auf Aktien und physisches Gold zu setzen. Aktien sind zwar per se kein Inflationsschutz. Viele Unternehmen leiden unter Inflation. Beispielsweise weil es ihnen nicht gelingt, erhöhte Inputkosten an die Kunden weiterzureichen. Aber es gibt auch Unternehmen, denen Inflation nichts ausmacht. Wer keine Einzelwertanalyse betreiben kann oder will, dem steht die Möglichkeit offen, in ein weltweit diversifiziertes Weltaktienmarkt-ETF zu investieren. Das ist kostengünstig, und man nimmt teil am weltweiten Wirtschaftsfortgang, schneidet durchschnittlich ab wie die Mehrheit der Investoren auch.

Und physisches Gold sollte man als Teil seiner liquiden Mittel halten. Denn: Gold ist gewissermaßen das Grundgeld der Menschheit, seine Kaufkraft kann durch Notenbankpolitik und mögliche Kreditausfälle nicht entwertet

werden. Das sollte man auch in einer zusehends digitalisierten Welt nicht vergessen. Zudem denke ich, dass das Gold, gekauft zu aktuellen Preisen, so etwas ist wie eine sehr attraktive Versicherung, weil sie ein erhebliches Preissteigerungspotential birgt. Ich bin daher sehr zuversichtlich, dass das physische Gold für langfristig orientierte Anleger – also Anleger mit einem Horizont von drei, fünf oder auch mehr Jahren – sich als renditesteigernd und risikomindernd erweisen wird. Nicht weil ich sagen könnte, dass und wann ein großer Crash käme. Vielmehr empfehle ich Gold als liquide Reserve, weil ich es für sehr wahrscheinlich halte, dass die Inflation für die breite Bevölkerung zum Dauerproblem wird, dass das ungedeckte Geldsystem in immer schwierigeres Fahrwasser gerät, und Gold gegen die damit verbundenen Folgen schützt.

Das Interview wurde am 9. Februar 2022 auf Wirtschaft + Markt veröffentlicht.

EDELMETALLPREISE

In US-Dollar pro Feinunze

| | Gold | | Silber | | Platin | | Palladium | |
|------------------------------------|---------------|-------------|--------------|-------------|---------------|-------------|---------------|-------------|
| I. Aktuell | 1874,2 | | 23,5 | | 1071,5 | | 2299,2 | |
| II. Gleitende Durchschnitte | | | | | | | | |
| 10 Tage | 1821,7 | | 23,5 | | 1029,2 | | 2219,3 | |
| 20 Tage | 1816,4 | | 23,2 | | 998,9 | | 2058,4 | |
| 50 Tage | 1802,1 | | 22,9 | | 970,2 | | 1915,3 | |
| 100 Tage | 1796,0 | | 23,2 | | 993,4 | | 1964,9 | |
| 200 Tage | 1806,1 | | 24,5 | | 1045,8 | | 2322,8 | |
| III. Schätzung 2022 | 2100 | | 28 | | 1175 | | 2261 | |
| (1) | 12 | | 20 | | 10 | | -2 | |
| <i>Bandbreiten</i> | <i>Unten</i> | <i>Oben</i> | <i>Unten</i> | <i>Oben</i> | <i>Unten</i> | <i>Oben</i> | <i>Unten</i> | <i>Oben</i> |
| (1) | 1700 | 2280 | 21,0 | 31,0 | 830 | 1280 | 1650 | 2400 |
| | -9 | 22 | -11 | 32 | -23 | 19 | -28 | 4 |
| V. Jahresdurchschnitte | | | | | | | | |
| 2019 | 1382 | | 16,1 | | 862 | | 1511 | |
| 2020 | 1753 | | 20,2 | | 878 | | 2180 | |
| 2021 | 1804 | | 25,5 | | 1095 | | 2422 | |

In Euro pro Feinunze

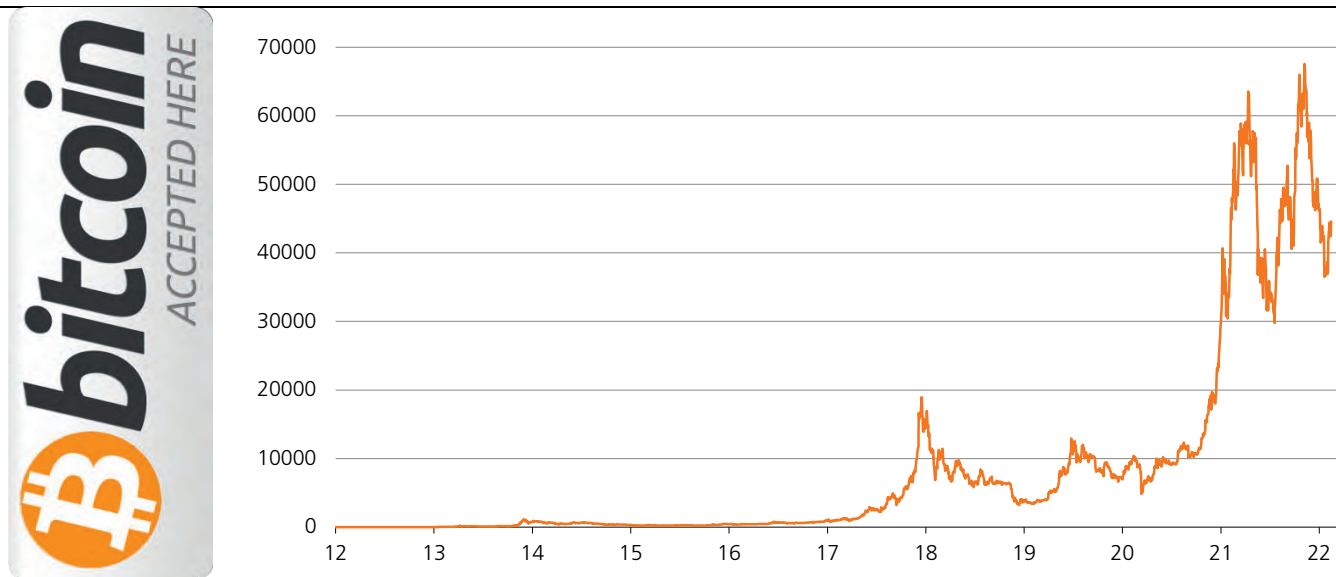
| | Gold | | Silber | | Platin | | Palladium | |
|------------------------------------|---------------|-------------|-------------|-------------|--------------|-------------|---------------|-------------|
| I. Aktuell | 1649,5 | | 20,7 | | 943,1 | | 2023,6 | |
| II. Gleitende Durchschnitte | | | | | | | | |
| 10 Tage | 1616,7 | | 20,8 | | 913,4 | | 1970,3 | |
| 20 Tage | 1604,7 | | 20,5 | | 882,6 | | 1819,5 | |
| 50 Tage | 1594,3 | | 20,2 | | 858,4 | | 1694,7 | |
| 100 Tage | 1570,4 | | 20,3 | | 868,4 | | 1717,6 | |
| 200 Tage | 1545,7 | | 21,0 | | 893,8 | | 1980,9 | |
| III. Schätzung 2022 | 1944 | | 26 | | 1088 | | 2093 | |
| (1) | 18 | | 26 | | 15 | | 3 | |
| <i>Bandbreiten</i> | <i>Tief</i> | <i>Hoch</i> | <i>Tief</i> | <i>Hoch</i> | <i>Tief</i> | <i>Hoch</i> | <i>Tief</i> | <i>Hoch</i> |
| (1) | 1573 | 2110 | 19,4 | 28,7 | 760 | 1180 | 1520 | 2220 |
| | -5 | 28 | -6 | 39 | -19 | 25 | -25 | 10 |
| IV. Jahresdurchschnitte | | | | | | | | |
| 2019 | 1235 | | 14,4 | | 770 | | 1350 | |
| 2020 | 1535 | | 17,6 | | 769 | | 1911 | |
| 2021 | 1519 | | 21,5 | | 921 | | 2035 | |

Quelle: Thomson Financial; Berechnungen und Einschätzungen Degussa. Beachte: Die Zahlen sind gerundet.

(1) Geschätzte Preisveränderung bei aktuellem Preis in Prozent.

PREISENTWICKLUNGEN DER ANLAGEKLASSEN

Bitcoin in US-Dollar

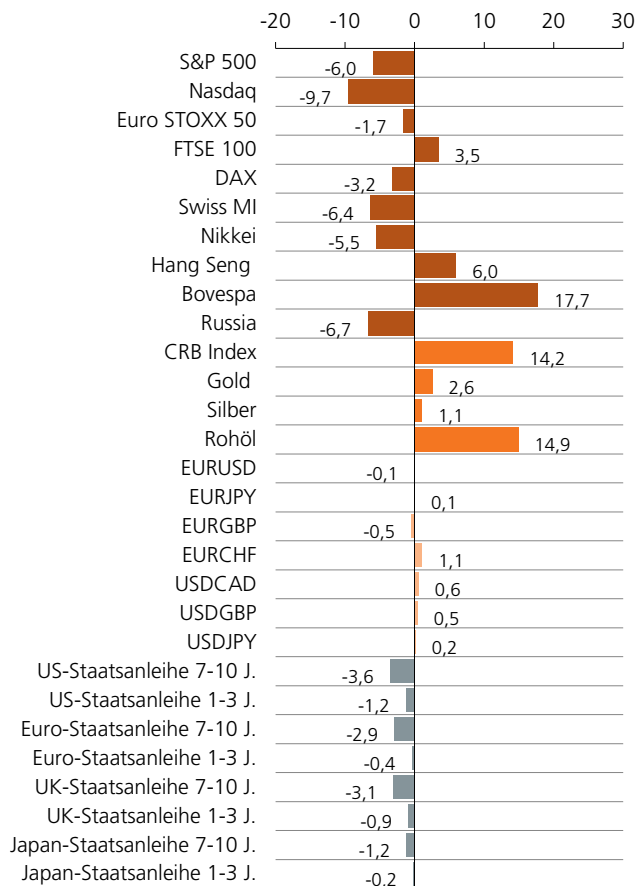
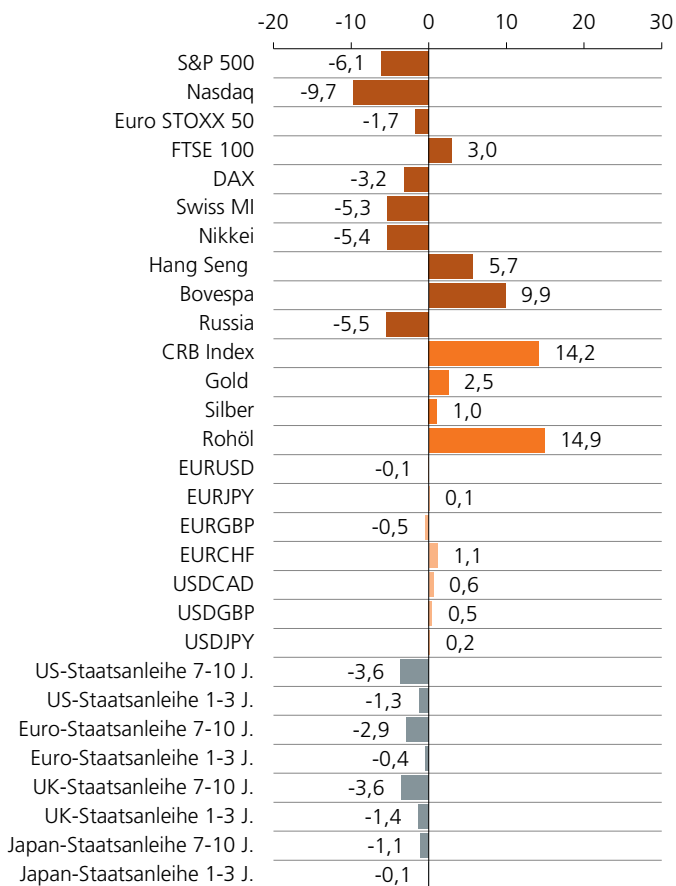


Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Wertentwicklung verschiedener Anlageklassen seit Jahresanfang in Prozent

(a) In nationaler Wahrung

(b) In Euro



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa.

| Ausgabe | Inhalt | Zum Herunterladen |
|--------------------|--|---------------------|
| 17. Februar 2022 | Inflation ist keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht Die Inflation wird für die Bevölkerung zum Dauerproblem | Pdf |
| 3. Februar 2022 | Hohe Inflation und negativer Realzins für länger Der Goldmarkt hat sich in Q4 2021 kräftig belebt Die marxistische Wurzel der Lockdown-Politik | Pdf |
| 20. Januar 2022 | Weltwirtschaft 2022: Mehr Inflation, weniger Wachstum | Pdf |
| 16. Dezember 2021 | Die Inflation, die Aktien, das Gold „Et hätt noch immer jot jegange“ Türkische Währungskrise | Pdf |
| 2. Dezember 2021 | Es ist wie in Harry Potter: Die Wirkung des Euro, die niemand auszusprechen wagt ... Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben | Pdf |
| 18. November 2021 | Inflation ist keine Naturkatastrophe. Sie ist menschengemacht Warum und wie der Sozialismus die Welt erobern will | Pdf |
| 4. November 2021 | Zins, Inflation, Gold und der „Great Reset“ Die US-Zentralbank beginnt das „Tapering“ - und kauft sich damit Zeit Es ist Zeit für den Ausstieg | Pdf |
| 21. Oktober 2021 | Der Aufstieg des Neo-Sozialismus „Das Inflationsproblem ist größer, als viele glauben“ | Pdf |
| 7. Oktober 2021 | Das Inflationsbiest | Pdf |
| 23. September 2021 | Evergrande: Ist das Chinas „Lehman Moment“? Preiskorrektur bei Platin, Palladium und Rhodium Wie Preiskontrollen den Weg in den Sozialismus ebnen (Ludwig von Mises) | Pdf |
| 9. September 2021 | Gold in Zeiten der Entwertung von US-Dollar, Euro & Co Was man als junger Mensch auf der Such nach Freiheit in der heutigen Zeit wissen? Die Chinarisierung des Westens | Pdf |
| 26. August 2021 | Die Abhängigkeit von der Inflationsdroge wird immer größer Das Ende von Bretton Woods vor 50 Jahren als Mahnung Globales Helikoptergeld: IWF schafft 650 Mrd. USD neue „SDR“ | Pdf |
| 12. August 2021 | Der dunkle Schatten des Papiergoldmarktes 500 Jahre Geld ohne Gold Neuer Angriff auf das Bargeld | Pdf |
| 29. Juli 2021 | Der Kampf um die Währungshoheit | Pdf |
| 15. Juli 2021 | Die EZB-Räte wollen den Euro noch stärker inflationieren Rohstoff- und Edelmetallmärkte Die Goldwährung | Pdf |
| 1. Juli 2021 | Wer zwischen Schein und Sein unterscheidet, der will Gold halten Die Interventionismus-Falle. Und wie wir ihr entkommen können Der narkotisierte Fluchtinstinkt | Pdf |
| 17. Juni 2021 | Der Inflationsboom. Verführerisch, betrügerisch, zerstörerisch Gold-ETFs/ETCs verzeichneten wieder Zuflüsse im Mai 2021 Warum Inflation eine Gefahr für die Freiheit ist | Pdf |
| 2. Juni 2021 | Was Sie immer schon über Inflation wissen wollten ... „Ohne Bargeld wird die letzte Zurückhaltung des Staates fallen“ (Interview) Über Finanzfehler der Politik im Lockdown (Gesprächsbericht) | Pdf |
| 20. Mai 2020 | Bankenregulierung fährt „Bullion Banks“ in die Parade Zinskontrolle birgt inflationären Sprengstoff Das Geld und der neue Sozialismus | Pdf |
| 6. Mai 2021 | Gold. Physisch. Da weiß man, was man hat Erst Geldmengenausweitung, dann Preisinflation Kartelle, Monopole und BigTech – der andere Blickwinkel | Pdf |
| 22. April 2021 | Bitcoin, Gold und das Geheimnis des Geldes Die Neuauflage der marxistischen Verelendungstheorie ... | Pdf |
| 8. April 2021 | Das Gold ist das Grundgeld Menschheit. Ein Aufsatz gegen Fehldeutungen Die Macht der kontrollierten Inflation | Pdf |
| 25. März 2021 | Was Sie über den „Cantillon-Effekt“ wissen sollten Digitaler Krypto-Hype Umsturz mit Fiat-Geld | Pdf |
| 11. März 2021 | Inflation – verkannt, verharmlost Das staatliche Geldmonopol und der „Great Rest“ | Pdf |
| 25. Februar 2021 | Wie uns das Fiat-Geldsystem in den Sozialismus treibt Zum Verbund zwischen Futures-Markt und physischem Markt Der Griff ans Eigentum | Pdf |
| 11. Februar 2021 | Die Zentralbanken machen die Finanzmärkte zu einem inflationären Spielkasino Die Gefahren des digitalen Euro-Zentralbankgeldes Die 1-Euro- und 2-Euro-Münzen sollen weg | Pdf |

<http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Alle bisherigen Ausgaben des Degussa Marktreports stehen dort auch zum Download zur Verfügung.

Disclaimer

Für die Erstellung dieser Ausarbeitung ist Degussa Goldhandel GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich. Die Verfasser dieses Dokuments bestätigen, dass die in diesem Dokument geäußerten Einschätzungen ihre eigenen Einschätzungen genau wiedergeben und kein Zusammenhang zwischen ihrer Dotierung – weder direkt noch indirekt noch teilweise – und den jeweiligen, in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen oder Einschätzungen besteht oder bestehen wird. Der (bzw. die) in dieser Ausarbeitung genannte(n) Analyst(en) sind nicht bei der FINRA als Research-Analysten registriert/qualifiziert und unterliegen nicht der NASD Rule 2711.

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und berücksichtigt nicht die besonderen Umstände des Empfängers. Es stellt keine Anlageberatung dar. Die Inhalte dieses Dokuments sind nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von in diesem Dokument genannten Edelmetallen und Wertpapieren beabsichtigt und dienen nicht als Grundlage oder Teil eines Vertrages.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die von der Degussa Goldhandel GmbH als zuverlässig und korrekt erachtet werden. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Garantie oder Gewährleistung im Hinblick auf Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit oder Eignung für einen bestimmten Zweck.

Alle Meinungsäußerungen oder Einschätzungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers bzw. der Verfasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hierin zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Degussa Goldhandel GmbH wider. Die Degussa Goldhandel GmbH ist nicht dazu verpflichtet, dieses Dokument zu aktualisieren, abzuändern oder zu ergänzen oder deren Empfänger auf andere Weise zu informieren, wenn sich ein in diesem Dokument genannter Umstand oder eine darin enthaltene Stellungnahme, Schätzung oder Prognose ändert oder unzutreffend wird.

Die in der Vergangenheit gezeigte Kursentwicklung von Finanzinstrumenten erlaubt keine verlässliche Aussage über deren zukünftigen Verlauf. Eine Gewähr für den positiven Anlageertrag einer in diesem Dokument beschriebenen Einschätzung kann daher nicht übernommen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Dokument genannte Prognosen aufgrund verschiedener Risikofaktoren nicht erreicht werden. Hierzu zählen in unbegrenztem Maße Marktvolatilität, Branchenvolatilität, Unternehmensentscheidungen, Nichtverfügbarkeit vollständiger und akkurater Informationen und/oder die Tatsache, dass sich die von der Degussa Goldhandel GmbH oder anderen Quellen getroffenen und diesem Dokument zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

Weder die Degussa Goldhandel GmbH noch ihre Geschäftsleitungsorgane, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter übernehmen die Haftung für Schäden, die ggf. aus der Verwendung dieses Dokuments, seines Inhalts oder in sonstiger Weise entstehen.

Die Aufnahme von Hyperlinks zu den Websites von Organisationen, soweit sie in diesem Dokument aufgenommen werden, impliziert keineswegs eine Zustimmung, Empfehlung oder Billigung der Informationen der Websites bzw. der von dort aus zugänglichen Informationen durch die Degussa Goldhandel GmbH. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt dieser Websites oder von dort aus zugänglichen Informationen oder für eventuelle Folgen aus der Verwendung dieser Inhalte oder Informationen.

Dieses Dokument ist nur zur Verwendung durch den Empfänger bestimmt. Es darf weder in Auszügen noch als Ganzes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Degussa Goldhandel GmbH auf irgendeine Weise verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden. Die Art und Weise, wie dieses Produkt vertrieben wird, kann in bestimmten Ländern, einschließlich der USA, weiteren gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sind verpflichtet, sich diesbezüglich zu informieren und solche Einschränkungen zu beachten. Mit Annahme dieses Dokuments stimmt der Empfänger der Verbindlichkeit der vorstehenden Bestimmungen zu.

Impressum

Der Marktreport erscheint 14-tägig donnerstags und ist eine kostenlose Serviceleistung der Degussa Goldhandel GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Februar 2022

Herausgeber: Degussa Goldhandel GmbH, Kettenhofweg 29, 60325 Frankfurt, Tel.: (069) 860068-0, Fax: (069) 860068-222

E-Mail: info@degussa-goldhandel.de, Internet: www.degussa-goldhandel.de

Redaktion: Dr. Thorsten Polleit

Degussa Marktreport ist im Internet abrufbar unter: <http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Degussa 
GOLD UND SILBER.

Zentrale Frankfurt

Kettenhofweg 29 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · info@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen:

Augsburg (Ladengeschäft): Maximiliansstraße 53 · 86150 Augsburg
Telefon: 0821-508667-0 · augsburg@degussa-goldhandel.de

Berlin (Ladengeschäft): Fasanenstraße 70 · 10719 Berlin
Telefon: 030-8872838-0 · berlin@degussa-goldhandel.de

Düsseldorf (Ankaufszentrum): In der KÖ Galerie
Königsallee 60 / Eingang Steinstraße · 40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-1306858-0 · duesseldorf@degussa-goldhandel.de

Frankfurt (Ladengeschäft): Kettenhofweg 25 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · frankfurt@degussa-goldhandel.de

Hamburg (Ladengeschäft): Ballindamm 5 · 20095 Hamburg
Telefon: 040-3290872-0 · hamburg@degussa-goldhandel.de

Köln (Ladengeschäft): Gereonstraße 18–32 · 50670 Köln
Telefon: 0211-120620-0 · koeln@degussa-goldhandel.de

Hannover (Ladengeschäft): Theaterstraße 7 · 30159 Hannover
Telefon: 0511-897338-0 · hannover@degussa-goldhandel.de

München (Ladengeschäft): Promenadeplatz 12 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-18 · muenchen@degussa-goldhandel.de

München (Ankaufszentrum): Promenadeplatz 10 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-10 · muenchen-altgold@degussa-goldhandel.de

Nürnberg (Ladengeschäft): Prinzregentenufer 7 · 90489 Nürnberg
Telefon: 0911-669488-0 · nuernberg@degussa-goldhandel.de

Pforzheim (Scheideanstalt): Freiburger Straße 12 · 75179 Pforzheim
Telefon: 07231-58795-0 · pforzheim@degussa-goldhandel.de

Stuttgart (Ladengeschäft): Kronprinzstraße 6 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-305893-6 · stuttgart@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen weltweit:

Zürich (Ladengeschäft): Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 0041-44-40341-10 · zuerich@degussa-goldhandel.ch

Genf (Ladengeschäft): Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genève
Telefon: 0041-229081400 · geneve@degussa-goldhandel.ch

Madrid (Ladengeschäft): Calle de Velázquez 2 · 28001 Madrid
Telefon: 0034-911-982-900 · info@degussa-mp.es

London Sharps Pixley Ltd (Mitglied der Degussa Gruppe)
Telefon: 0044-2078710531 · info@sharpspixley.com